

## Österreich exportiert SöldnerInnen statt Hilfe

*Reinhard Dörflinger, seit Juni 2006 Präsident der österreichischen Sektion der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“, erklärte bereits kurz nach seinem Antritt als NGO-Chef öffentlich, warum seine Organisation den IrakerInnen nicht hilft: „Wenn man nur unter Schutz der US-Armee Hilfe leisten kann, wird man als Teil der Besatzer gesehen, ist man nicht mehr neutral.“ Der Allgemeinmediziner, der – zum Glück für SudanesInnen und ChinesInnen – keine Probleme hat unter dem „Schutz“ anderer autoritärer Regime zu arbeiten, weiß vermutlich nicht, dass es im kurdischen Nordirak sehr wohl sichere Gebiete gibt, wo ganz ohne US-BewacherInnen Hilfe möglich ist. Dort, wo eben auch Wadi seit Jahren hilft.*

Wenn schon kaum Hilfe aus Österreich kommt, so dürfen sich die IrakerInnen wenigstens über österreichische Söldner freuen. „Berti“ wird der im vergangenen November entführte junge Angestellte der Crescent Security Group von österreichischen Medien genannt. Er wurde – wie fast alle Angestellten der so genannten „Private Military Companies“ (PMCs) – von der öffentlichen Hand, dem österreichischen Bundesheer, ausgebildet, ehe er ins lukrative Söldnertum einstieg.

Die in den letzten Jahren in unterschiedlichen Teilen der Welt rasch gewachsenen PMCs sind vielleicht der gefährlichste Teil neoliberaler Entstaatlichung, treffen sie doch den Kern jener Sicherheit, die die meisten Menschen dazu bringt, Staatsgewalt anzuerkennen: das staatliche Gewaltmonopol. Der Irak ist in den letzten drei Jahren geradezu zum Experimentierfeld neuer privat geführter Kriege geworden. Den djihadistischen und post-baathistischen Gewaltunternehmern, die das Land seit drei Jahren mit Anschlägen gegen ZivilistInnen und Massenentführungen erschüttern, stehen keineswegs nur staatliche Armeen gegenüber, sondern eine ganze Reihe ebenfalls privater Gewaltunternehmer, die zusammen genommen bereits die zweitgrößte Streitmacht im Irak stellen. Der Einsatz von PMCs ermöglicht es, einerseits die Zahl der offiziellen Gefallenen zu minimieren, andererseits aber auch politische Verantwortung auszulagern. Im Gegensatz zu regulären Armeemitgliedern unterstehen die neuen SöldnerInnen keiner Militärgerichtsbarkeit. Politische Verantwortung für Fehlverhalten oder gar Kriegsverbrechen können damit leichter abgeschoben werden als beim Einsatz regulärer SoldatInnen. Das Interesse dieser Firmen liegt dabei nicht in der Beendigung von Konflikten, sondern in einer möglichst langen Einsatzdauer, also einer Fortsetzung der Konflikte.

Österreich kann diesbezüglich im Irak auf lange Erfahrung bauen. Schon Saddams Regime wurde mit österreichischen Raketen beliefert. Heute ist es nicht mehr der Staat, sondern es sind Private, die mit militärischen Dienstleistungen ihr Geld verdienen, während Hilfsorganisationen wie Ärzte ohne Grenzen davor zurückschrecken, die irakische Bevölkerung zu unterstützen, um nur ja nicht mit den AmerikanerInnen verwechselt zu werden.

***Thomas Schmidinger** ist Obmann von Wadi-Österreich, Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Vorstandsmitglied des österreichisch-irakischen Freundschaftsvereins Iraquna.*